



# CDU

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

- Fraktion im Kreistag Heinsberg -

Newsletter

Kreis Heinsberg



## 2012 - vorläufige Jahresbilanz CDU-Kreistagsfraktion Heinsberg

Sehr geehrte Parteifreundinnen und Parteifreunde,

das Jahr neigt sich allmählich dem Ende zu und wir von der CDU-Kreistagsfraktion wollen den heutigen Kreisparteitag wieder zum Anlass nehmen eine vorläufige Bilanz unserer Arbeit im Jahre 2012 zu ziehen.

### Vorstandsneuwahlen

Nach 2 ½ Jahren im Amt führte die CDU-Kreistagsfraktion Heinsberg entsprechend ihrer Satzung am 17.04.2012 die turnusmäßigen Vorstandsneuwahlen durch. Zunächst gab Norbert Reyans, Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion Heinsberg, einen kurzen Rückblick über die in den vergangenen Jahren geleistete Arbeit. Die Halbzeitbilanz der Fraktion könne sich anhand ihrer messbaren Erfolge sehr gut sehen lassen.

Die vom CDU-Kreisvorsitzenden Bernd Krüchel geleiteten Vorstandsneuwahlen verliefen erwartungsgemäß harmonisch und konnten in kürzester Zeit mit sehr guten Ergebnissen abgeschlossen werden. Der bisherige geschäftsführende Vorstand wurde komplett im Amt bestätigt. Norbert Reyans ist weiterhin Fraktionsvorsitzender, Erwin Dahlmanns sein erster und Harald Schlößer sein zweiter Stellvertreter. Edith Schaaf wurde als Schatzmeisterin wieder gewählt. Josef Thelen bleibt Pressesprecher der Fraktion. Norbert Reyans bedankte sich in einigen abschließenden Worten für die hervorragende Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren und wünschte sich eine ebenso erfolgreiche Arbeit für die weitere Zukunft.

### KSK-Gutachten Kinderarmut

Wir hatten bereits über dieses Thema berichtet. Die ersten Ergebnisse der Elternbefragung wurden in einer gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Gesundheitsausschusses am 04.04.2011 vorgestellt. Nach weiterer Aufbereitung aller Datenmengen durch die Projektgruppe Bildung und Region, Bonn konnte der Armutsbericht in einer weiteren gemeinsamen Sitzung beider Ausschüsse am 08.02.2012 vorgestellt werden.

Um die Fülle an Informationen abarbeiten zu können, wurde auf Initiative der CDU-Fraktion hin eine Arbeitsgruppe installiert, die sich weiter zielgerichtet und intensiv mit der Gesamthematik auseinandersetzt, parallel zu den Ausarbeitungen in der Verwaltung. Eine erste Sitzung der Arbeitsgruppe fand unter Vorsitz der CDU bereits am 30.08.2012 statt; die nächste ist für den 30.10.2012 vorgesehen. Wir werden weiter hierüber berichten.

## **Einführung eines Controllings in der Kreisverwaltung Heinsberg**

Schon seit einigen Jahren laufen die umfassenden fraktionsinternen Vorbereitungen zur Entwicklung einer langfristigen Gesamtstrategie, die letztlich auch eine nachhaltige Konsolidierung des Kreishaushalts zum Ziel hat. Bereits im Juni 2010 wurde sodann auf Initiative der Fraktionen von CDU und FDP der Grundsatzbeschluss gefasst. Nach umfangreichen Prüfungen der kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) sowie der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) und der ausführlichen Analyse der vorliegenden Prüfergebnisse sieht die CDU eine Bestätigung ihrer politischen Linie, wonach es geboten ist, durch die Einführung eines Controllings die Steuerungsfähigkeit des Kreises sicherzustellen.

CDU und FDP haben daher am 20.04.2012 gemeinsam beantragt in der nächsten Kreistagssitzung zu beschließen, dass in der Verwaltung ein Bereich „Controlling“ installiert wird. Dieser soll zusätzlich mit der Aufgaben- und Prozessanalyse betraut werden und dient der Verwaltung als Steuerungshilfe auf der Basis messbarer Zielgrößen. Eine Unternehmensberatung wird diesen Prozess begleiten. Es soll ferner geprüft werden, ob und gegebenenfalls, wann im Bereich „Controlling“ die Aufgaben „Unternehmensplanung und -steuerung“ inklusive der Beteiligungen (Beteiligungsmanagement) zu integrieren sind. Die Kreisverwaltung soll darüber hinaus beginnend mit dem Jahr 2013 die Mitarbeiterkapazität in den nächsten 5 Jahren um mindestens 5 Prozent reduzieren. Betriebsbedingte Kündigungen sind zur Zielerreichung jedoch ausgeschlossen und der bisherige Standard der Ausbildungsleistung soll bedarfsgerecht fortgeführt werden. In den zuständigen Fachgremien des Kreises soll regelmäßig über erreichte Ergebnisse berichtet werden. Ein Jahr nach Einführung des Controllings soll ein Zwischenbericht über den Stand der Umsetzung vorgelegt werden. Der Kreistag entscheidet dann auf der Basis dieses Zwischenberichts über die Fortsetzung der zukünftigen Ausrichtung der Strategie.

Der Antrag von CDU und FDP wurde in der Sitzung des Kreistages am 05.07.2012 mehrheitlich angenommen. Zur Umsetzung des Beschlusses hat die Verwaltung bereits verschiedene Maßnahmen organisatorischer und inhaltlicher Art eingeleitet. Mit Wirkung zum 01. Oktober wurde eine Neuordnung einzelner Ämter vorgenommen. Darüber hinaus ist beabsichtigt, in einem ersten Schritt zu klären, welche Aufgabenbereiche der Verwaltung in den nächsten Jahren besonders stark vom demografischen Wandel innerhalb der jeweiligen Bevölkerungszielgruppe betroffen sein werden. Wenn feststeht, wo sich die Arbeitsbelastungen der Fachämter aufgrund natürlicher Entwicklungen zwangsläufig verschieben werden, könnten in einem zweiten Schritt unter Berücksichtigung der Haushaltskonsolidierungsbemühungen konkrete organisatorische Maßnahmen festgelegt werden. Die politischen Gremien werden über den aktuellen Stand der Datenerhebung und -auswertung regelmäßig informiert; wir werden auch hierzu weiter berichten.

## **Ausbau Breitbandnetz im Kreisgebiet Heinsberg**

Nach Auffassung der CDU-Kreistagsfraktion hat das Thema Breitbanderschließung im Laufe der letzten Jahre mehr und mehr an Bedeutung gewonnen. Die zunächst im Rahmen des Konjunkturpaketes II vorgesehene Finanzierung der 2005 ins Leben gerufenen Breitbandinitiative zur Schließung von Versorgungslücken im Kreisgebiet konnte leider im Rahmen des Konjunkturpaketes II nicht weiter verfolgt werden, da Schwierigkeiten im Hinblick auf EU-beihilferechtliche Vorschriften das Risiko einer etwaigen Rückforderung von Mitteln des Konjunkturpaketes II als zu groß erscheinen ließen.

Dies darf einer Realisierung letztlich aber nicht entgegenstehen, denn gerade für einen Flächenkreis wie unseren Kreis Heinsberg mit seinen eher ländlich geprägten Städten und Gemeinden ist mit Blick in die Zukunft ein zügiger und flächendeckender Ausbau des Breitbandnetzes von entscheidender infrastruktureller Bedeutung. Nur so können wir uns als attraktiver Wirtschaftsstandort etablieren und weiterentwickeln. Neben diesem wirtschaftlichen Aspekt wird der Zugang zum Internet auch immer mehr zu einem Kriterium für die Menschen, die im Kreis Heinsberg leben wollen. In Zeiten des demographischen Wandels und der Tendenz der Menschen, wieder in die Ballungszentren abzuwandern, ist Vernetzung von und mit modernen Kommunikationsmitteln eine äußerst wichtige Voraussetzung für die

Entwicklung des Kreises Heinsberg. Sämtliche andere Finanzierungsmöglichkeiten sind daher zu eruieren, denn angesichts der immensen Bedeutung dieses Themas könnte man Investitionen in diesem Bereich schon fast dem Bereich Daseinsvorsorge zuordnen.

In der Sitzung des Kreistages am 24.04.2012 wurde der Landrat daher auf entsprechenden Antrag der CDU-Fraktion vom 28.03.2012 beauftragt, sich in Abstimmung mit den kreisangehörigen Kommunen um einen zügigen und flächendeckenden Ausbau des Breitbandnetzes zu bemühen.

Erfreut hat die CDU-Kreistagsfraktion zur Kenntnis genommen, dass ihr Antrag vom 28.03.2012 nun Früchte trägt. In der letzten Septemberwoche stellte das Unternehmen Deutsche Glasfaser ihr Konzept vor, wie der Kreis Heinsberg in mehreren Ausbaustufen bis zum Jahr 2015 flächendeckend mit dem neuen Hochleistungs- Glasfaserkabel versorgt werden wird. Besonders erfreulich ist es, dass es - wie von der CDU-Fraktion beantragt - gelungen ist, die Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Kreisgebiet für dieses Projekt zu gewinnen, denn nur eine Gesamtlösung gemeinsam mit den Kommunen ist sinnvoll.

Für die Details verweisen wir auf eine Pressemitteilung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft einsehbar auf der dortigen Internetseite unter <http://www.wfg-heinsberg.de/>

### **Gemeinsamer Antrag zur Einrichtung eines Kommunales Integrationszentrums**

Der Landtag hat am 8. Februar 2012 das „Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen“ beschlossen und auch Landrat Stephan Pusch hat in seiner Rede in der Kreistagssitzung am 20.12.11 gesagt, dass sich „für uns die Frage eines Kommunales Integrationszentrums stellen wird“.

Kommunale Integrationszentren sollen die vorhandenen Integrationsangebote erfassen und die Vernetzung der in der Querschnittsaufgabe Integration tätigen Akteure befördern und ein Wirkungsmonitoring entwickeln. Darüber hinaus gestalten sie inhaltlich Angebote zur Qualifizierung der Beschäftigten und Maßnahmen der interkulturellen Orientierung in Kindertageseinrichtungen, Schulen oder sonstigen Bildungseinrichtungen um für Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien Bildungsbarrieren abzubauen und gleichberechtigte Chancen zu eröffnen. Dieser bildungspolitische Ansatz liegt der CDU-Kreistagsfraktion besonders am Herzen.

Das sozialpädagogische Personal, Lehrkräfte und Verwaltungsfachpersonal werden in Kommunalen Integrationszentren mit maximal 170 000 € und der Bereitstellung von zwei Lehrerstellen von Seiten der Landesregierung gefördert. Daher ist der finanzielle Eigenanteil im Wesentlichen auf die Bereitstellung von Räumlichkeiten und Sachkosten beschränkt. Die Förderung durch das Land NRW ist zunächst für fünf Jahre geplant. Um diese volle Förderung in Anspruch nehmen zu können, ist eine Interessenbekundung des Kreises Heinsberg bis zum 31.10.12 notwendig.

Der Kreistag hat sich in seiner Sitzung am 27.09.2012 auf gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis90/Grüne und FDP mehrheitlich bei einer Nein-Stimme grundsätzlich für die Einrichtung eines „Kommunales Integrationszentrums“ auf Grundlage des vom Landtag beschlossenen Integrations- und Teilhabegesetzes ausgesprochen. Die Verwaltung wurde beauftragt, gegenüber dem Land eine entsprechende Interessensbekundung abzugeben und die weiteren Modalitäten zu klären. Bei der konzeptionellen und inhaltlichen Ausgestaltung des Kommunales Integrationszentrums sollen die Akteure der Integrationsarbeit wie z.B. die Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Integrationsbeiräte und Migrantenorganisationen beteiligt werden.

## **Antrag grenzüberschreitende Ausbildungsplatzbörse zur Bekämpfung des Fachkräftemangels**

In den vorangegangenen Jahren hatten auch im Kreisgebiet ansässigen Jugendlichen oftmals Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Dieser Trend scheint sich den aktuellen Entwicklungen des vergangenen Jahres zufolge - zum Nachteil der nach qualifizierten Arbeitskräften suchenden Betriebe - umgekehrt zu haben, wie auch der lokalen Presse mehrfach zu entnehmen war. Der demographische Wandel macht sich bemerkbar; es mangelt an Bewerbern, zumal qualifizierten. Grundsätzlich muss es jedoch das Ziel sein, dass sowohl die Bedarfe der suchenden Betriebe als auch die der jungen Menschen selbst möglichst gedeckt werden und einem etwaigen Fachkräfte- und Lehrstellenmangel insgesamt entgegengewirkt wird.

Die CDU-Kreistagsfraktion begrüßt es daher ausdrücklich, dass die Industrie- & Handelskammern eine bundesweite internetbasierte Lehrstellenbörse ins Leben gerufen haben, die Jugendliche und Unternehmen künftig noch besser zusammenbringen soll. Solche Initiativen sollten nach Auffassung der CDU-Kreistagsfraktion speziell mit Blick auf Unternehmen und junge Menschen in unserem Kreis Heinsberg forciert vorangetrieben werden, wobei jedoch der grenzüberschreitende Charakter und die sich daraus ergebenden Chancen wesentlich stärker berücksichtigt werden müssen, auch mit dem Ziel, die (eu)regionalen Wirtschaft nachhaltig zu stärken.

Mit Antrag vom 28.03.2012 wurde der Verwaltung ein dahingehender Prüfauftrag erteilt, wobei beispielhaft einige Interreg-Projekte genannt wurden, die in der Vergangenheit in anderen Regionen gelaufen sind und die diese Gedanken teilweise bereits aufgegriffen haben und nicht zuletzt auch unter dem Aspekt Fördermittel sicherlich interessant sind. Wegen der Komplexität dieses wichtigen Themas und um an dieser Stelle den Rahmen nicht zu sprengen, verweisen wir auf unsere fraktionseigene Internetseite, auf der Sie alle unsere Anträge im Volltext downloaden können:

<http://www.cdu-fraktion-kreis-heinsberg.de/>

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde in der Sitzung des Kreistages am 24.04.2012 einstimmig angenommen.

### **U3-Ausbau**

Ein Dauerthema in allen Kommunen ist der Ausbau der U3-Betreuung. Mit Stichtag 01. August 2013 haben Eltern einen Rechtsanspruch, ihr unter dreijähriges Kind betreuen zu lassen. In der Sitzung des Jugendhilfeausschuss am 24.10.2012 wurde ausführlich über den U3-Ausbau berichtet, der übrigens auch maßgebend auf einen Antrag der CDU-Kreistagsfraktion bereits vom 21.08.2007 zurück geht – dieser steht ebenfalls auf unserer Homepage zum Download bereit.

Hier einige Eckpunkte zum derzeitigen Ausbaustand: Von den 48 Tageseinrichtungen für Kinder im Kreisjugendamtsbezirk haben 34 ihren Umbau abgeschlossen bzw. sind in der Bauphase. Es liegen noch 14 Anträge vor. Davon werden 3 Anträge über einen Investor abgewickelt (kath. Tageseinrichtung in Boscheln, kath. Tageseinrichtung in Marienberg, Tageseinrichtung in Trägerschaft eines Elternvereins in Wegberg). Drei Anträge bedürfen der Überplanung (Tageseinrichtung Johanniter Orsbeck, Tageseinrichtung AWO Übach-Palenberg, Comeniusstr. und kath. Tageseinrichtung in Frelenberg). Zwei Bauanträge und 1 Antrag für die Innenausstattung (Investor) können nach Abschluss der Kostenaufteilung U3 und Ü3 mit den bereits dem Jugendamt bewilligten Landesmitteln bedient werden. Das Kreisjugendamt soll 2013 noch 209.920 Euro Landesmittel aus einem neuen Landesprogramm sowie 314.880 Euro Bundesmittel im Rahmen des Fiskalpakts erhalten. Es wird davon ausgegangen, dass aus dem Fiskalpakt noch weitere 300.000 Euro Bundesmittel folgen werden.

Zusammenfassend kann jedenfalls gesagt werden, dass der Kreis Heinsberg im landesweiten Vergleich durchaus gut dasteht.

## Neuausrichtung West – NEW

Bereits im Jahre 2007 war die künftige Aufstellung der Versorgungssparte der West (Strom, Gas, Wärme) ein intensiv diskutiertes Thema. Nach langen und intensiven Beratungen sowie Hinzuziehung mehrerer fachgutachterlichen Stellungnahmen entschied man sich letzten Endes diesen Teil der West für 7 Jahre an die NEW AG (vormals Niederrheinische Versorgung und Verkehr AG – NVV) zu verpachten. Insbesondere die Unwägbarkeiten aufgrund der im Raume stehenden sog. „Anreizregulierung“ und nach den vorliegenden Prognosen eher zurückgehende Absatzmengen im Bereich Strom- und Gasvertrieb ließen das Verpachtungsmodell als für den Kreis deutlich bessere Variante erscheinen.

Dieser Pachtvertrag läuft nun am 31.12.2014 aus, so dass nach Auffassung der CDU-Kreistagsfraktion nicht früh genug damit begonnen werden kann, die weitere Vorgehensweise und in Betracht kommende Optionen zu besprechen, um den Kreis in diesem Bereich weiterhin zukunftsfähig aufzustellen und rechtzeitig die erforderlichen Weichenstellungen vorzunehmen.

Wir haben daher den Landrat mit Schreiben vom 24.09.2012 um eine Ausarbeitung der Verwaltung bezüglich der möglichen Modelle gebeten, die wir als Basis für eine hierzu noch in diesem Jahr abzuhaltende Sondersitzung zugrunde legen können. Am 23.10.2012 fand nun eine Informationsveranstaltung zu diesem Thema statt. Die Ergebnisse werden wir am 30.10.2012 erstmalig in der Gesamtfraktion ansprechen.

## Haushalt 2013 – Ausblick

Wie zu jedem Jahresende so brennt den Verantwortlichen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden auch in diesem Jahr das Thema Kommunalfinzen und nicht zuletzt in dem Zusammenhang das Thema Kreisumlage unter den Nägeln. Aus der nunmehr vorliegenden ersten Modellrechnung ergäben sich höhere Schlüsselzuweisungen sowie höhere eigene Umlagegrunddaten für den Kreis Heinsberg. Aus einer für Ende Oktober bzw. Anfang November angekündigten aktualisierten Modellrechnung könnten sich noch gewisse Änderungen ergeben; vorab kann jedoch mitgeteilt werden, dass sich nach derzeitigen Stand der Planungen bei einer vorgesehenen Ausgleichsrücklagenentnahme von 3,5 Mio. € eine allgemeine Kreisumlage von rd. 111,7 Mio. € ergeben wird. Der Hebesatz liegt dann bei 42,04 Prozentpunkten.

Die Kreisumlage bleibt also im Vergleich zum Vorjahresansatz von 111,4 Mio. € fast identisch. Der Kreis erweist sich also einmal mehr als ein verlässlicher Partner seiner angehörigen Städte und Gemeinden.

mit freundlichen Grüßen

Norbert Reyans  
Fraktionsvorsitzender

Martin Kliemt  
Geschäftsführer